Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigeblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Trägerlohn. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Rpf. Alles weitere über Nachlaß usw. laut ausliegender Anzeigenpreisliste. Anzeigen-Annahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachlaßanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Behörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeberg.

Postscheckkonto: Dresden 15488. Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Rühle, Inh. Georg Rühle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: 551. — Fernruf: 231.

Nummer 55 — Sonnabend, den 13. Mai 1939 — 38. Jahrgang

Englands Paktonomie geht weiter

Chamberlain über englisch-türkische Besprechungen

Ministerpräsident Chamberlain gab eine Erklärung über die englisch-türkischen Besprechungen ab, die klar und deutlich erkennen ließ, daß Englands Paktomanie immer neue Blüten treibt. Nunmehr soll auch die Türkei als Vasallenstaat der Einkreisungsfront angegliedert werden.

Chamberlain stellte einleitend fest, daß die beiden Regierungen ein endgültige langfristiges Abkommen mit reziprokem Charakter „im Interesse ihrer nationalen Sicherheit" abschließen werden. Die beiden Regierungen erklärten, daß sie bis zum Abschluß eines „Verteidigungsabkommens" im Falle eines Angriffsaktes, der zu einem Kriege im Mittelmeergebiet führen sollte, bereit sein würden, wirksam zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig alle in ihrer Macht liegende Hilfe und Beistand zu leisten. Diese Erklärung richte sich gegen kein anderes Land (!?); sie sei dazu bestimmt, Großbritannien und die Türkei der gegenseitigen Hilfe und des gegenseitigen Beistandes zu versichern, „falls sich eine Notwendigkeit ergeben sollte". Die beiden Regierungen hätten anerkannt, daß gewisse Fragen eine präzisere Definierung erforderten. Eine Prüfung sei im Gange. Die beiden Regierungen erkennten weiter an, daß es „ebenfalls notwendig sei, im Balkan Sicherheit herzustellen", (!?) und sie beriefen miteinander mit dem Zweck, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Dieses Abkommen schließe es nicht aus, daß beide Regierungen mit anderen Ländern im allgemeinen Interesse der „Konsolidierung des Friedens" Abkommen abschlössen.

Der Leiter der Opposition, Attlee, drückte seine Befriedigung über die Erklärung aus, fragte aber, ob diesem Abkommen Generalstabsbesprechungen (!) folgen würde. Chamberlain meinte darauf, er glaube nicht, daß sich dies bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens ergebe. Der Oppositionsliberale Henderson fragte, ob diese Erklärung unter Artikel 19 der Montreux-Konvention falle, der sich auf Truppentransporte in das Schwarze Meer beziehe, so daß „britischen Schiffen die Durchfahrt gestattet werde, um Rumänien im Falle eines Angriffs zu Hilfe zu kommen". Hierauf erklärte Chamberlain, sie erstrecke sich offenbar nicht auf besondere Punkte dieser Art. Man sei übereingekommen, daß die beiden Länder ein endgültiges langfristiges Abkommen abschließen würden. Fragen dieser Art würden dann zweifellos geprüft werden. Der Labour-Abgeordnete Wedgwood Benn fragte, ob das bedeute, daß die Beschränkungen, die zur Zeit der Einfahrt von Schiffen in das Schwarze Meer auferlegt seien, jetzt beseitigt seien. Chamberlain erwiderte, „es bedeute nicht mehr, als was er gesagt habe". Auf die Frage des Labour-Abgeordneten Fletcher, ob der Begriff Mittelmeergebiet in der Weise angewandt worden, sei, daß die Dardanellen und das [illegible] Meer ausgeschlossen wurden, erklärte Chamberlain: „Nein, mein Herr". Der Labour-Abgeordnete Cooke wünschte eine klare Definition des Begriffes Mittelmeergebiet und fragte, ob darunter auch an das Mittelmeer anstoßende Gewässer z. B. die Adriatische See und das Schwarze Meer zu verstehen seien. Chamberlain wich aus und erklärte, er „ziehe es vor, keine Definition zu geben..."

Das Abkommen in Ankara verkündet

Am Freitagnachmittag wurde im Parlament von Ankara im Rahmen einer Erklärung über die türkische Außenpolitik vom Außenminister Saracoglu der Abschluß des türkisch-englischen Hilfeleistungsabkommens verkündet. Danach sichern sich die Türkei und England automatisch gegenseitige Hilfeleistung zu, wenn durch einen Angriff im Mittelmeer ein Krieg ausbrechen sollte. Die Mandauler Zeitungen verbreiteten diese Erklärungen in Extraausgaben.

*

Durch Angst der Vernunft beraubt

Wir haben uns damit abgefunden, daß Wahnvorstellungen die Seele der britischen Staatsmänner zutiefst ergriffen haben. Man sollte es, so schreibt der „Deutsche Dienst", in London schon aus Gründen des guten Geschmacks unterlassen, von der Stabilisierung der Verhältnisse in Europa, der Freiheit der Meere oder dem Schutz der Ordnung zu sprechen, wenn man Maßnahmen ergreift, die letzten Endes zum Kollektivkrieg führen müssen, und alles andere, nur nicht den Frieden sichern.

England bietet mit einem Eifer, der schließlich den Blinden sehend machen muß, an allen Ecken und Kanten der Welt das Geschenk des britischen Schutzes gegen kriegerische Verwicklungen an, und wer sich sträubt, an seine Gefährdung zu glauben, dem macht man Angst und steckt ihm Geld in die Tasche. Man erzeugt Unruhe, Unsicherheit und Angstpsychosen, um dahinter politische Geschäfte tätigen zu können.

Was erhoffen sich aber, so fragen wir uns, die jetzigen verantwortlichen Leiter der türkischen Politik, wenn sie sich von der sicheren Grundlage der Neutralität entfernen, um sich schwungvoll auf die Seite Englands zu schlagen, von dem nun wirklich jeder wissen muß, daß es noch nie für andere als für die eigenen Interessen kämpfte, und dies nicht zuletzt vornehmlich unter Aufopferung von Gut und Blut anderer Völker. Die Erfahrungen, die die Türkei mit England machte, sollten noch in bester Erinnerung sein.

England und die Türkei mögen wissen, daß Deutschland und Italien nicht nur zwei unzertrennliche Kampfgefährten, sondern auch ein unüberwindliches Bollwerk sind und daß es weder jetzt noch in Zukunft irgendeine Mächtekombination geben wird, die die Politik der Achse zu beeinträchtigen in der Lage wäre.

Unfreiwillige Enthüllungen Blums

Klagen über das Verschwinden der tschechischen Angriffsbasis gegen Deutschland — Daladiers „Verdienste" um die Einkreisung

In einer Rede vor der französischen Kammer erklärte der jüdische Führer der französischen Sozialdemokraten, Blum, daß seitdem die Kammer auseinandergegangen sei, schwerwiegende Ereignisse eingetreten seien. Vor einigen Monaten in München habe Frankreich die „Politik des Zurückweichens" betrieben, heute jedoch sei die Politik der kollektiven Sicherheit in vollem Maße wiederhergestellt.

Schon mit dieser Erklärung gab Blum zu, was amtlich in Paris und London immer wieder zu bestreiten versucht wird, daß die Einkreisungspolitik gegen Deutschland als Fortsetzung der Versailler Diktatspolitik mit allen Mitteln betrieben wird.

Er unterstrich dieses Eingeständnis noch, indem er erklärte, ein „Garantie-System" umfasse nun eine beachtliche Anzahl von europäischen Nationen, zu denen, wie er hoffe (!), auch demnächst die Türkei und Sowjetrußland gehören werden. Es sei eine vollständige Wenderung der französischen Politik erfolgt.

Die „Wichtigkeit der Rolle der Tschecho-Slowakei" — nämlich als Flugzeugmutterschiff für Angriffe gegen Deutschland. (D. Schriftltg.) — sei erst verstanden worden, nachdem die Tschecho-Slowakei verschwand. Das gleiche gelte für die Rolle der Sowjet-Union, deren Bedeutung man ermessen habe nach dem Abgang von Litwinow-Finkelstein.

In dem innerpolitischen Teil seiner Erklärung wies Blum darauf hin, daß die Sozialdemokraten bereit seien, für die Außenpolitik der Regierung zu stimmen, nicht aber gleichzeitig für die Sozial- und Finanzpolitik.

Ministerpräsident Daladier wehrte sich gegen die Behauptung Leon Blums, daß die Politik Frankreichs sich geändert habe, und meinte, nur die „Möglichkeiten" seien geändert. Im gleichen Atemzuge wies er aber darauf hin, daß es heute „eine Gemeinschaft von sofortigen und automatischen Verpflichtungen" gebe, und er stellte seiner eigenen Politik das Zeugnis aus, daß die französische Regierung ein Anrecht habe, sich hier ein gewisses „Verdienst" zuzuschreiben.

Zu den Sozialdemokraten gewandte, fragte dann Daladier, ob sie andere Mittel vorschlagen könnten, um das nötige Geld für die Rüstungen zu beschaffen, als Steuern und Anleihen.

*

Blum, der geradewegs von England kommt, muß es wissen, was geplant ist. Seine Ausführungen sind aber nicht nur beachtlich wegen der laufenden Pläne der Einkreisungspolitiker, sondern für uns nicht weniger lehrreich wegen seiner Feststellungen über die Rolle, die der Tschecho-Slowakei zugedacht war.

Alles humanitäre Geschwätz, alle Anklagen gegen Deutschland entpuppen sich angesichts der Ausführungen Blums allein als eine heuchlerische Leichenrede, die das Verschwinden der Tschecho-Slowakei nicht bedauert aus menschlichem Gefühl heraus, sondern es allein als Schlappe ansieht, daß dieses künstliche und nun aufgelöste Staatsgebilde nicht im Kampf gegen Deutschland eingesetzt werden konnte.

Dr. Ley am Sonntag in Dresden

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley kommt — wie „Der Freiheitskampf" meldet — zur Vorbesichtigung von 10 000 Politischen Leitern aus den Kreisen Dresden, Pirna, Kamenz, Meißen, Großenhain und Dippoldiswalde für den diesjährigen Reichsparteitag am Sonntag nach Dresden. Bei der Besichtigung werden außerdem sämtliche Gauamtsleiter und alle Kreisleiter Sachsens sowie der gesamte Gaustab, alle Kreisorganisationsleiter und Kreisausbilder des Gaues zugegen sein. Im Anschluß an die Besichtigung findet ein Vorbeimarsch der Politischen Leiter vor Dr. Ley statt. Am Sonntagnachmittag wird der Reichsorganisationsleiter im Dresdner Rathaus vor den Gauamts- und Kreisleitern sprechen.

Lied, Bild und Wort der Flieger

Kampf- und Leistungsgemeinschaft — Ein Preisausschreiben

Die Luftwaffe, das NS.-Fliegerkorps und die Flieger-HJ. veranstalten gemeinsam ein Preisausschreiben, zu dessen Teilnahme alle aktiven und inaktiven Angehörigen der Luftwaffe, des NS.-Fliegerkorps und der Flieger-HJ. berechtigt sind. Sinn und Zweck des Preisausschreibens ist es, die Zusammenarbeit untereinander zu fördern und Verständnis für die Aufgaben der Luftwaffe in weiteste Kreise der Bevölkerung zu tragen sowie für den Fliegernachwuchs zu werben.

In Lied, Bild und Wort sollen die Teilnehmer des Wettbewerbs das ausdrücken oder festhalten, was der vielseitigen Fliegerarbeit Schönheit und Inhalt verleiht. Es wird deshalb gesucht: 1. Das Lied der Flieger: Marschlieder, Fahrtenlieder usw.; 2. das Bild der Flieger: Aquarelle, Zeichnungen, Karrikaturen, Photos, Schmal- und Normalfilme, Werbeplakate, Lagerpostkarten usw.; 3. das Wort der Flieger: Fliegerlebnisse, Erlebnisberichte aus Werft und Werkstatt, lustige Geschichten aus dem Dienstbetrieb, Hörspiele, Manuskripte für Film und Funk.

Für die besten Einsendungen sind in jeder Gruppe wertvolle Preise ausgesetzt. Der erste Preis in jeder Abteilung beträgt 400 Reichsmark in bar zur fliegerischen oder beruflichen Ausbildung. Alle Einsendungen sind auf dem Umschlag mit dem Vermerk Flieger-Preisausschreiben zu versehen und bis spätestens 30. September 1939 an folgende Dienststellen zu richten: für Angehörige der Luftwaffe an das Luftgaukommando IV, Abt. Ic, Dresden-A. 24; für Angehörige des NS.-Fliegerkorps an die NSFK.-Gruppe 7, Dresden-A 16, und für Angehörige der Flieger-HJ. an den Inspekteur der Flieger-HJ. des zuständigen Gebietes.

Das Preisgericht besteht aus Offizieren der Luftwaffe, NSFK.- und HJ.-Führern sowie namhaften Künstlern und Komponisten, die von dem Vorsitzer des Preisgerichts, Generalmajor Loerzer, berufen werden. Das Preisausschreiben wird demnächst in 250 000 Flugblättern zur Verteilung gelangen.

Freizeit und Leistung

Zum Reichsappell der schaffenden Jugend

Der Gebietsführer der Hitler-Jugend, Pg. Möckel, und der Gauobmann der DAF., Pg. Peitsch, erlassen zu dem am 15. Mai in der Zeit von 7 bis 7.45 Uhr stattfindenden zweiten Reichsappell der schaffenden Jugend, dem NS.-Gaudienst zufolge, folgenden Aufruf:

Die politische und wirtschaftliche Festsetzung des nationalsozialistischen Deutschlands erfordert in der Gegenwart und in der Zukunft ein leistungswilliges und leistungsfähiges Arbeitertum. Auf die Leistungen der gegenwärtig im Arbeitsleben stehenden Volksgenossen und Volksgenossinnen ist Deutschland stolz. Die Leistungen der heranwachsenden Jugend müssen für ihre spätere Tätigkeit dieselbe Vollkommenheit erreichen.

Gesundheit, Willenskraft, Können und ideelle Verbundenheit mit dem Arbeitsplatz sind die Voraussetzungen jeder wahren Leistung, die jedem schaffenden Jugendlichen in Stadt und Land geschaffen werden müssen und die jeder Jugendliche durch eigene Initiative sich selbst schaffen muß.

Im Sinne dieser Aufgabe spricht am 15. Mai der Leiter des Jugendamtes der DAF. und Berufsreferent im Stabe der Reichsjugendführung, Oberbannführer Schroeder, Berlin, über die Freizeitgestaltung und Leistungsertüchtigung der schaffenden Jugend im Rundfunk.

Es ist dafür Sorge getragen, daß alle schaffenden Jugendlichen der Groß- und Mittelbetriebe im Rahmen des Morgenappells der Jugend in den Betrieben und alle Jugendlichen der Kleinbetriebe aus Handwerk, Handel, Verkehr, Verwaltung und Hauswirtschaft im Rahmen von überbetrieblichen Gemeinschaftsempfängen in den HJ.-Heimen, Jugendherbergen, Berufsschulen usw. an diesem Reichsappell teilnehmen.

Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der verantwortungsvollen Aufgabe der Erziehung und Betreuung der Jugend am Arbeitsplatz, Jugendführer, Jugendwalter und Walter der DAF., Betriebsführer, Meister, Lehrherren, Ausbilder, Berufsschullehrer, Hausfrauen und Eltern rufen wir hiermit auf, allen Jugendlichen die Teilnahme an diesem zweiten Reichsappell der schaffenden Jugend zu ermöglichen und selbst daran teilzunehmen.

Der Führer des Gebietes Sachsen (16) HJ.
(gez.) Möckel, Gebietsführer.
(gez.) Peitsch, Gauobmann der DAF.

Auszeichnungen verpflichten

Manchem aufmerksamen Beobachter wird es aufgefallen sein, daß zum Abschluß des zweiten Leistungskampfes von den im Vorjahre mit dem Gaudiplom für hervorragende Leistungen ausgezeichneten 100 Betrieben nur 29 erneut bestätigt worden sind. Einem Betrieb ist also diese Auszeichnung nicht wieder zuerkannt worden, und er muß die ihn kennzeichnende Plakette von seinem Betriebseingang entfernen.

Es entspricht nicht dem nationalsozialistischen Leistungsprinzip, für einmalige Erfolge oder Leistungen Auszeichnungen zu verleihen, die dann für alle Zeiten den Inhaber mit einem besonderen Glorienschein umgeben. So hat auch die Deutsche Arbeitsfront immer wieder betont, daß die Auszeichnungen des Leistungskampfes keine Lorbeeren darstellen, auf denen ausgeruht werden darf. Leistungen verpflichten! Das gilt ganz besonders, wenn sie öffentliche Anerkennung gefunden haben. Es genügt nicht, den einmal erreichten Stand zu halten — einen Rückgang wollen wir überhaupt nicht erwähnen — sondern es muß immer weitermarschiert und vorwärtsgestrebt werden. Aus alledem folgert, daß sämtliche Auszeichnungen des Leistungskampfes nicht endgültig verliehen werden, sondern von Jahr zu Jahr gewissermaßen verteidigt werden müssen.

Das ist gewiß keine neue Weisheit; denn in allen Verlautbarungen der DAF., in den Reden führender Männer und in den Aufsätzen der Zeitungen ist niemals ein andrer Standpunkt zum Ausdruck gebracht worden. Dennoch sind sich viele dieser Tatsache nicht bewußt gewesen oder wenn sie es schon waren, dann glaubten sie nicht, daß die DAF. dazu schreiten würde, eine derartige Auszeichnung eines Tages wieder zu entziehen.

An manchen Stellen hat die Meldng von den nur 29 Bestätigungen wie eine Bombe eingeschlagen. Das schadet nichts, im Gegenteil, es muntert die Lebensgeister auf, die doch manchmal da und dort einzuschlafen drohen. Allen, die es angeht, wird es ein warnendes Beispiel sein und eine Mahnung, sich der Auszeichnung, die sie für ihre vorbildlichen Leistungen erhalten haben, auch fernerhin würdig zu erweisen und im Bewußtsein ihrer Führungsaufgabe mit verstärktem Eifer voranzumarschieren.

H. Hilbig.